

## **StuPa-Sitzungsprotokoll vom 10.01.2012**

### **Feststellungen zur Anwesenheit**

**BEAT:** Susanne Eckler, Vicky Kindl, Juliane Lehmann, Nadja Stangl. **SDS:** David Noack, Christoph Kühnl. **GAL:** Franziska Neuhäuser, Björn Ruberg, Roy Kreutzer, Jakob Mahran Weißinger, Fabian Twerdy, Marie Schäffer, Svetlana Lammok. **Grüner Campus:** Hartmut Phieler, Christin Wiech. **JuSo-HSG:** Patrick Gumprich, David Kolesnyk, Steve Kenner. **LHG:** Benjamin A. Stahl. **RCDS:** Norman Siewert. **ASTA:** Pierre Vicky Sonkeng Tegouffo, Alexander Gayko, Daniel Sittler, Franz Zimmermann, Steffen Brumme, Sebastian Geschonke, Roland Gehrman, Benjamin Mosebach, Claudia Fortunato, Maimouna Ottara, Stefan Schmidtke, Anneka Cooke, Ansgar Seng. **GAESTE:** Silvia Domel, Petrick Mohammeds.

Entschuldigt haben sich beim Präsidium abgemeldet die Abgeordneten/Referenten Juliane Tietz (SDS), Adris Weis (Grüner Campus), Christian Gammel (JuSo-HSG), Nadine Lilienthal (JuSo-HSG), Marius Amfelder (RCDS), Jan Eckhoff (ASTA) und Annabel Ertel (ASTA).

Unentschuldigt der Sitzung ferngeblieben sind Shahin Dorri Dowlat Abadi (shine UP), Friedericke Lenz (shine UP), Ribana Bergmann (ASTA) und Susanne Lühmann (ASTA).

### **TOP 1 - Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird 19:33 Uhr eröffnet. Das Parlament ist mit 19 Abgeordneten beschlussfähig.

### **TOP 2 - Beschluss der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird 18-0-1 akzeptiert.

### **TOP 3 - Das Protokoll zur Sitzung vom 06. Dezember 2011**

Björn Ruberg: Stellt den Antrag, den ersten Teil der Einschätzung des Präsidiums zur chronologischen Abfolge der Sitzung vom 06. Dezember 2011 in das Protokoll einzufügen. Der Antrag wird 8-8-2 abgelehnt.

Steve Kenner: Stellt den Antrag, das geschlossene Verlassen der Sitzung durch GAL und RCDS in das Protokoll aufzunehmen. Der Antrag wird 15-0-3 angenommen.

#### **Persönliche Erklärung von Björn Ruberg [GAL]**

"Die AStA-tragenden Listen Beat, Jusos, Linke.SDS und ShineUP manipulieren das Protokoll wie es ihnen passt. Mein Antrag sah vor, die Geschehnisse auf der Sitzung um den Beschluss über die freiLand - Verträge im Protokoll so festzuhalten, wie sie das Präsidium selbst in seiner Stellungnahme an die Rechtsaufsicht beschrieben hat. Darin wird korrekt beschrieben, wie von diesen Listen weitere StuPa-Abgeordnete herbeitelefoniert werden und die Sitzungspause vom Präsidium auf fast eine Stunde verlängert wird, bis eine Fortsetzung der Sitzung nicht in der Beschlussunfähigkeit sondern im Beschluss der Verträge endet. Das diese unrühmlichen Wahrheiten auch im Protokoll stehen, haben die genannten Listen mit ihren Stimmen verhindert."

#### **Persönliche Erklärung von David Kolesnyk [JuSo-HSG]**

„Ich spreche mich gegen den Antrag Björns aus. Es ist nicht Aufgabe des Protokolls während der Sitzung geführte Telefonate wiederzugeben. Der von Björn angesprochene Passus befindet sich abgedruckt im Nachtrag der Sitzung vom 10.01.2012 auf der Homepage des StuPa und ist für jeden Interessierten einsehbar.“

Abstimmung über das Protokoll vom 10. Dezember 2011

Das vorliegende Protokoll wird 9-3-7 verabschiedet.

#### **TOP 4 - Gäste**

Keiner der Gäste wünscht das Wort.

#### **TOP 5 – Berichte aus den Gremien**

##### **Präsidium des StuPa**

Die Einladungen zu Sitzungen des StuPa erfolgen zukünftig auch universitätsweit über die Student\_list. StuPa-Sitzungsprotokoll vom 10.01.2012

##### **Rechenschaft des AStA**

Der AStA ist zu diesem TOP noch in seiner Sitzung. Die Diskussion zu dessen Rechenschaft wird daher einvernehmlich hinter den TOP 6 der TO gelegt.

##### **Aussprache zu den RSB**

Jakob Weißinger: An das Referat für Ausländische Studierende: Das Referat kann bisher nur wenige konkrete Ergebnisse vorweisen. Gibt es Planungen für ein intensiveres Einbringen?

Pierre Tegouffo: Zunächst ist das Referat damit beschäftigt Kooperationspartner zu finden und zu koordinieren. Ist dies geschehen, so folgen alsbald konkrete Veranstaltungen.

Jakob Weißinger: An das Kulturreferat: Gibt es für das Sommerfest eine Kooperation mit dem AStA der Fachhochschule Potsdam?

Susanne Eckler: Es wird fest mit einer Kooperation gerechnet. Der AStA der FHP hat hierfür zwei dauerhafte Ansprechpartner.

Jakob Weißinger: An Stefan Schmidtke: Bitte, den Aktionstag ‚Antifa-United‘ näher zu beschreiben.

Stefan Schmidtke: Das Projekt zielt darauf ab, konkrete rechte Gewalt in Potsdam auszuwerten. Ein ausführlicher Bericht dieser Arbeit liegt vor und kann im AStA-Büro eingesehen werden. Anstoß war ein ähnlich gelagertes Projekt in Heidelberg, bei welchem ein ‚Spitzel‘ der rechten Szene in der Studierendenschaft aufgedeckt wurde.

Jakob Weißinger: An das Pressereferat: Das Layout zum ‚Garnisonkirchen-Aufkleber‘ fehlt?

Daniel Sittler: Ausschlaggebend waren technische Probleme. Die betreffende Datei war mit 70 MB zu groß für eine Versendung.

Steve Kenner: Bitte, die Situation der Studentischen Beschäftigten bei den neuen Sonntags-Öffnungszeiten der Universitätsbibliotheken zu beschreiben.

Benjamin Mosebach: Es sollen für die neuen Öffnungszeiten ausschließlich Studentische Hilfskräfte eingesetzt werden, welche als solche keinen Sonntagszuschlag erhalten. Hier wird von der Leistung der Universität bewusst eine gesetzliche Regelungslücke ausgenutzt. Der AStA bietet sich als Partner an, jedoch ist noch nicht klar, wie die Betroffenen vorgehen wollen. Das StuPa sollte hier keine Beschlüsse ohne Rücksprache mit den Betroffenen fassen.

Norman Siewert: Verweist auf den fehlenden RSB des Referates für Antimilitarismus und wünscht eine Erläuterung, in welchem Zusammenhang die Studierendenschaft mit der Garnisonkirche steht.

Susanne Lühmann: Betont die pazifistische Ausrichtung des AStA und die Ausrichtung der Garnisonkirche als militärisches Symbol. Der AStA unterstellt den heutigen Befürwortern des Wiederaufbaus der Garnisonkirche einen Schulterchluss zum ‚Preußen-Wahl‘.

Alexander Gayko: Der Referent bittet das Fehlen seines RSB zu entschuldigen. Durch den Jahreswechsel und Krankheit würde in einem RSB inhaltlich nichts stehen können.

Patrick Gumprich: An das Referat für Campuspolitik: Wurden bereits Gespräche mit dem neuen Präsidenten der Ui geführt und wie wird dieser eingeschätzt?

Claudia Fortunato : Es haben noch keine persönlichen Gespräche stattgefunden, da im Laufe des Dezembers durch die Amtsübernahme keine freien Termine zu bekommen waren. Ein erstes Treffen ist für Februar geplant.

Roy Kreuzer: Rügt, dass die Protokolle der AStA-Sitzungen nicht zeitnah online gestellt werden. Nachfrage zum studentischen Bezug des AStA-Beschlusses 3366 mit der zusätzlichen Frage, warum erneute Drucke des Aufklebers ‚Sexistische Kackscheiße‘ bewilligt wurden, anstatt das anhängende Verfahren gegen den AStA zunächst abzuwarten.

Vicky Kindl: Die Aufkleber wurden im vergangenen Jahr im Rahmen der Ausstellung ‚Sexismus in der Werbung‘ entwickelt. Der studentische Bezug ergibt sich über dieses Projekt.

Steffen Brumme: Ein anhängendes Verfahren begründet nicht die Einstellung weiterer Druckauflagen. Es handelt sich um ein mit der Praxis verbundenes Projekt, welches in der Studierendenschaft auf große Resonanz stößt.

Steve Kenner: Findet die neuen Aufkleber auch ganz schrecklich (weil sie nicht mehr so schön glitzern).

Benjamin Mosebach: Sexismus ist in der Uni dauerhaft präsent. Das allein rechtfertigt den studentischen Bezug.

Steve Kenner: Heute lief an der Universität eine Akkreditierung. Gibt es eine erste Einschätzung?

Susanne Eckler: Der Prozess wird kritisch begleitet.

Björn Ruberg: Bittet, die Kriterien für den Ankauf der Anlage für das Freiland noch einmal auszuführen.

Claudia Fortunato: Drei Angebote liegen dem AStA vor. Spezialtechnik in diesem Umfang ist nicht leicht zu beschaffen, auch im Hinblick auf weitere Angebote. Die Studierendenschaft arbeitet mit dem präferierten Anbieter bereits lange zusammen und geht von einem fairen, ausgeglichenem Angebot aus. Diese Debatte ist eigentlich abgeschlossen und sollte nicht künstlich verlängert werden.

Björn Ruberg: Die betreffenden Kalkulation sind dem StuPa vorzulegen.

Steve Kenner: GO-Antrag auf Schließung der Debatte zur Anlage im Freiland. (Es werden einvernehmlich noch drei Redner zugelassen, auf welche zehn Minuten Sitzungspause folgen sollen).

Roy Kreuzer: Die Einsehbarkeit der Angebote war bislang nicht bekannt, sowie auch deren Anzahl. Wo waren diese Informationen vor der Abstimmung auf der letzten Sitzung?

Steffen Brumme: Die schlechteren Angebote bei Finanzbeschlüssen wurden auch vom vorangegangenen AStA in keinem Fall vorgelegt. Diskussionspunkt war das vom AStA bevorzugte und zur Abstimmung gesellte Angebot.

Benjamin Stahl: Alle mir bislang bekannt gewordenen RSB des AStA gingen stets am Sitzungstag oder am Tag zuvor beim Präsidium ein. Die Referenten entschuldigten sich hierfür stets. Auch um diese laufenden Entschuldigungen zukünftig zu vermeiden, wird um eine allgemeingültige Vereinbarung gebeten, wann die RSB vorzuliegen haben.

Claudia Fortunato: Eine entsprechende Vereinbarung wurde bereits getroffen. Sie lautet, dass die RSB Freitags vor der Sitzung um 12:00 Uhr dem Präsidium vorliegen sollen. Der AStA bekräftigt, sich zukünftig an diese Vereinbarung zu halten.

## **TOP 6 - Freiland-Aussprache**

### **Einschätzung der Universitätsleitung**

E-Mail vom 09.01.2012 - Herr Dr. Gallinat

„Liebe Mitglieder des AStA, wie bereits telefonisch mit A. Gayko besprochen sende ich die Einschätzung des Dezernenten für Personal- und Rechtsangelegenheiten zur Kenntnis. Nach meiner (Herrn Kurlemanns) Einschätzung ist die Angelegenheit wie folgt zu beurteilen, wobei er davon ausgeht, dass das Schreiben des Präsidiums den Sachverhalt korrekt und vollständig wiedergibt:

Der Beschluss ist wirksam zu Stande gekommen, da das StuPa beschlussfähig war. Ob davor eine Pause, von welcher Dauer auch immer, stattgefunden hat, ist unerheblich.

Vielmehr hätten die Gegner des Beschlusses sich ab 22:10 Uhr um die Fortsetzung der

Debatte / Abstimmung kümmern müssen, was durch ihre Absenz wohl unterblieben ist. Eine Regelung, dass nach einer festgelegten Pause die Sitzung automatisch weiterläuft und deswegen später gefasste Beschlüsse unwirksam sind, gibt es nicht.

Anders mag die Sachlage zu beurteilen sein, wenn StuPa-Abgeordnete bewusst durch ein unkorrektes Zeitmanagement von der Sitzungsteilnahme abgehalten worden wären. Dafür bestehen keine Anhaltspunkte. Herr Kurlermann geht vielmehr davon aus, dass die Nichtfortführung der Sitzung einvernehmlich erfolgte.

Mit freundlichen Grüßen, Gallinat' StuPa-Sitzungsprotokoll vom 10.01.2012

Steve Kenner: Drückt sein Entsetzen über den Versuch aus, dass ausgerechnet eine grüne Liste versucht hat, die Fortführung der Sitzung durch geschlossenes Verlassen zu boykottieren. Anerkennt aber jene Abgeordnete der GAL, die dieses Verhalten nicht zu rechtfertigen suchen.

Benjamin Stahl: Verweist noch einmal auf die gängige Praxis der Opposition im Deutschen Bundestag, Sitzungen, bei zu wenigen Abgeordneten der Regierungsfractionen, beschlussunfähig werden zu lassen. Alle Fraktionen im Bundestag verfügen über eigene parlamentarische Geschäftsführer, deren einziger Aufgabenbereich die Sicherstellung der Anwesenheit bei wichtigen Abstimmungen und stete Kenntnis des Aufenthaltsortes der eigenen Abgeordneten ist. Beide Verhaltensweisen, die der GAL, wie die der AStA-tragenden Listen sind Ausdruck eines parlamentarischen ‚Spielzeuges‘ und habe nichts anrühiges inne.

Roy Kreuzer: Stellt fest, dass auch die Rechtsaufsicht der Universität keine letzte juristische Instanz darstellt und fehlbar ist. Die Benachrichtigung über eine Entscheidung hätte überdies bereits im Vorfeld an die Beteiligten verschickt werden sollen.

Jakob Weißinger: Lässt noch einmal festhalten, dass es sich um den Antrag einzelner Abgeordneter und nicht der GAL handelt, was in den Aufzeichnungen zu korrigieren ist.

Hartmut Phielers: Dankt für den Hinweis zum Verfahren beim Deutschen Bundestag, möchte den Fokus jedoch auf die Frage lenken, wie sinnvoll eine solche Praxis ist. Es war seitens der Abgeordneten, welche die letzte Sitzung vorzeitig verließen keine Darlegung ihrer Beweggründe erfolgt.

Steve Kenner: Bezweifelt die demokratische Art einer solchen Vorgehensweise auch soweit sie beim Deutschen Bundestag Anwendung findet. Nicht alles sollte von der Studierendenschaft übernommen werden.

Benjamin Stahl: Die Geschäftsordnung des Bundestages, sowohl in der schriftlichen Beantwortung an die Antragsteller, als auch jetzt hier im Plenum, erfolgt, da die Ordnungen der Studierendenschaft erhebliche Regelungslücken aufweisen. Die GO des Bundestages dient hier als politisch anerkanntes Referenzmittel. Eine Anzweiflung der demokratischen Art im Vorgehen lasse ich im Raum stehen, jedoch darf diese nicht, wie vereinzelt geschehen, zu Vergleichen von Handlungsweisen von Mitgliedern der Studierendenschaft mit Handlungsweisen des Nationalsozialismus führen. Diese verbieten sich, ohne dass das Präsidium hierauf separat hinweisen sollen müsste.

David Kolesnyk: Die Regelungen in den Parlamenten auf Landesebene ist unterschiedlich. Nach Einzelnen hätte in einer solchen Situation die Möglichkeit bestanden, selbst bei festgestellter Beschlussunfähigkeit, noch am selben Tag eine erneute Sitzung mit dem selben Tagesordnungspunkt einzuberufen. Die Beschlüsse wären selbst dann rechtmäßig zu Stande gekommen, soweit die GAL mit ihrem Versuch die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen erfolgreich gewesen wären.

Susanne Eckler: Nicht jedes Detail kann in unseren Ordnungen geregelt werden. Es ist durchaus möglich diese intern auszulegen. An Roy der Hinweis, dass es paradox sei, erst die Rechtsaufsicht einzuschalten und dann deren Auffassung wieder offen anzuzweifeln.

Björn Ruberg: Bezweifelt die Neutralität des Präsidiums bei der zu spät erfolgten Fortsetzung der Sitzung und sieht eine Aufgabenentfremdung der verfassten Studierendenschaft. Nicht die Förderung der eigenen Studierenden, sondern die

Bevorteilung externer Partner zur politischen Bewegung von Geldern wird hier praktiziert. Ist für die Anlage, welche der AStA kaufen wird ein schriftliches Angebot vorhanden und wird dieses nebst anderen Angeboten zur Prüfung an die Abgeordneten weitergeleitet?  
Daniel Sittler: Sieht keinen Machtmissbrauch des Präsidiums und spricht sein vollstes Vertrauen aus.

Norman Siewert: Lobt die umfassende Einschätzung des Präsidiums, auch soweit diese durch die vorzeitige Einschaltung der Rechtsaufsicht vergebens war.

David Kolesnyk: Die betreffenden Beschlüsse wären im Zweifel schlicht wiederholt worden und hätten inhaltlich nicht aufgehoben werden können, da die Mehrheitsverhältnisse im Parlament hier unmissverständlich sind. Der Vorwurf eines Machtmissbrauches wird zurückgewiesen.

### **TOP 7 - Anträge**

Einvernehmlich wird beschlossen, TOP 7 C zur Satzungsreform als neuen TOP 7 A in der Behandlung vorzuziehen und damit TOP 7 A alt zu TOP 7 B neu, sowie TOP 7 B alt zu TOP 7 C neu zu versetzen.

#### **TOP 7 A - Erhöhung der Sozialfonds**

Es folgt eine kurze Darlegung des Antrages von Benjamin Stahl (LHG), den Grundfreibetrag des § 1 III Satz 1 der Ordnung zum Sozialfonds von momentan 290,00 € auf 400,00 € anzuheben und eine strukturelle Überarbeitung der Absätze I bis IV in die Arbeitsgruppe für eine Satzungsreform (TOP 7 C) zu übernehmen.

Das Plenum bekundet seine grundsätzliche Befürwortung und einigt sich auf die Einladung des Sachbearbeiters für den Sozialfonds zur nächsten Sitzung, um nähere Details zu möglichen Auswirkungen zu erfahren.

Susanne Eckler stellt ein Antrag auf Vertagung des TOP zur Sitzung am 31.01.2012. Der Antrag wird 16-0-2 angenommen.

#### **TOP 7 B - Aussprache zum Ermittlungsverfahren**

Daniel Sittler: Sieht durch eine Aussprache im StuPa die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen Referenten verletzt und stellt einen GO-Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes und Löschung aller betreffenden Daten. Die das Ermittlungsverfahren betreffenden Anträge liegen zwei Jahre zurück, der AStA könne hier auch keine Auskünfte mehr geben.

Benjamin Stahl: Erläutert, dass ihm der Anzeigensteller persönlich bekannt ist und legt kurz die Beweggründe des Antrages dar. Zentral sei dabei, dass die Strafanzeige nicht gegen Privatpersonen gerichtet ist, sondern gegen die öffentlich-rechtliche Institution des AStA. Damit ist nicht nur das Argument betroffener Persönlichkeitsrechte ausgehebelt, sondern es ergibt sich vor allem die inhaltliche Zuständigkeit des amtierenden AStA, als aktueller Vertreter der Institution.

Die Einbringung eines Antrages auf Aussprache über das laufende und akut werdende Ermittlungsverfahren gegen den AStA erfolgte dabei aus zwei Überlegungen.

Erstens ist das StuPa das Kontrollorgan des AStA. Liegt gegen den AStA ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens wegen des Vorwurfes von Veruntreuung studentischer Gelder in Höhe von 22.000,00 € auf dem Tisch, so ist das StuPa nicht berechtigt, sondern verpflichtet den AStA zur politischen Rechenschaft aufzufordern, unabhängig von jeder juristischen Einschätzung oder Bewertung.

Zweitens hat Herr Sittler hier offensichtlich nicht verstanden, dass der Antrag auch ein Entgegenkommen an den AStA darstellt. Durch die Bekanntgabe aller einzelnen Beschlüsse, welche in ihrer Summe die Grundlage für die Strafanzeige bildeten, kann sich der AStA nunmehr erstmals inhaltlich mit der Anzeige auseinandersetzen und sich auf das bevorstehende Verfahren vorbereiten. Die alternative Vorgehensweise wäre es gewesen, die Papiere unter Verschluss zu halten und den AStA unvorbereitet vor Gericht ‚gegen die Wand fahren zu lassen‘.

Es folgt eine einvernehmliche Beratungspause der Fraktion für zehn Minuten und die darauf folgende Abstimmung über den GO-Antrag von Daniel Sittler. Der Antrag wird vom StuPa 7-5-3 zurückgewiesen. Eine weitere Aussprache erfolgte jedoch nicht.

#### **Persönliche Erklärung von Björn Ruberg [GAL]**

"Es ist skandalös, dass die AStA-tragenden Listen über das Strafverfahren wegen Veruntreuung studentischer Gelder gegen einen von ihnen gestellten AStA nicht einmal befassen wollen. Genauso werte ich die von diesen geäußerten Aufforderungen, jeden Hinweis auf dieses Verfahren aus den öffentlichen Sitzungsunterlagen zu streichen."

#### **Persönliche Erklärung von Benjamin A. Stahl [LHG]**

„Ich empfinde es als schade, dass weite Teile der AStA-tragenden Listen nicht verstanden haben, dass es hier mit Nichten um Parteipolitik oder Taktieren geht. Als Mitglied des Präsidiums gehört es zu meinen Aufgaben die Rechte des Parlamentes und damit der Abgeordneten nach außen zu vertreten. Ein zentrales Recht ist die Kontrolle über das Gebaren des AStA.

Ich akzeptiere, dass persönliche Bekanntschaften und die Zugehörigkeit von AStA-Referenten zu den eigenen Listen eine kritische Begleitung gelegentlich erschweren können. Auf gar keinen Fall aber dürfen Abgeordnete des Studierendenparlamentes ihre eigenen Rechte und Pflichten mit Füßen treten, indem sie selbst eine Aussprache über Missbrauchsvorwürfe gegen den AStA zu verhindern suchen.

Soweit das Präsidium nicht zum Grüßaugust verkommen soll, müssen sich die Abgeordneten des StuPa fragen, ob sie es zukünftig befürworten wollen, dass das Präsidium die Rechte des Parlamentes vertritt. Wer diese Frage negiert, sollte die weitere Ausübung seines Mandates überdenken.“

#### **TOP 7 C - Satzungs- und Wahlreform**

Der Antragsteller Benjamin Stahl (LHG) stellt den Antrag kurz dar und führt aus, dass es durch eine Reihe von Satzungsänderungen in letzten Jahren zu Dopplungen, Widersprüchen und Regelungslücken in den Ordnungen der Studierendenschaft gekommen sei. Die drei Grundlinien (1) Das Studierendenparlament wird gewählt, (2) Das StuPa wählt andere Gremien der verfassten Studierendenschaft und (3) Das StuPa trifft interne Beschlüsse, sollen zukünftig auch in den Ordnungen wieder klar von einander getrennt werden.

Daneben sollen die Wahl- und Abstimmungsverfahren zu diesen drei Bereichen, insb. im Hinblick auf Verzerrungen durch die Sitzzuteilung nach Hare/Niemeyer, neu verfasst werden. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe nach § 15 StuPa-GO eingerichtet werden, welche fraktionsübergreifend Reformvorschläge ausarbeitet.

Jakob Weißinger: Betont den möglichen Missbrauch einer solchen Ausarbeitung, da nur ausgewählte Abgeordnete an ihr teilnehmen würden.

Patrick Gumprich: Bezweifelt die Effizienz einer Arbeitsgruppe im Hinblick auf zeitnahe und verwendungsfähige Ergebnisse.

Benjamin Stahl: Satzungsänderungen benötigen eine 2/3-Mehrheit im StuPa. Ein Missbrauch der Teilnehmer zur Veränderung am StuPa vorbei ist somit ausgeschlossen. Unterbreitet den Vorschlag, dass jede Liste zur nächsten Sitzung einen Vertreter in die Arbeitsgruppe entsendet, damit eine fraktionsübergreifende Ausarbeitung erfolgen kann. Die Befürchtung hinsichtlich mangelnder Effizienz wird durchaus anerkannt, weshalb eine solche Arbeitsgruppe nicht regelmäßig, sondern möglichst als einmalige Blockveranstaltung tagen sollte.

Es folgt die Behandlung über die Einrichtung der Arbeitsgruppe und die Entsendung von einem Teilnehmer je StuPa-Liste in gemeinsamer Abstimmung. Die Anträge werden 17-0-2 angenommen.

#### **TOP 8 - Einrichtung einer Umweltkommission**

Dem Parlament liegt ein Initiativantrag der Hochschulvereinigung UniSolar Potsdam vor. Das StuPa beschließt die Behandlung des Antrages 18-0-0. Der Antrag an das StuPa zielt auf die Unterstützung einer Beschlussvorlage, welche dem Senat der Universität Potsdam zur Einrichtung einer Umweltkommission vorgelegt werden soll.

Björn Ruberg: Kommissionen sind nicht per se zur Lösung geeignet. Zum einen sind häufige, ergebnislose Sitzungstermine zu erwarten und zum anderen können bestimmte Personengruppen nicht durch einen StuPa-Beschluss zur Teilnahme verpflichtet werden. Eine Zustimmung im Senat wird sehr unwahrscheinlich.

Daniel Sittler: Mögliche Sitzungstermine können flexibel gelegt und an Situationen angepasst werden. Es handelt sich um einen universitätsöffentlichen Antrag, der den Senat im Falle einer Ablehnung in einen Begründungszwang setzen soll.

Patrick Gumprich: Die von den Antragstellern vorgesehene Zusammensetzung der Umweltkommission (2 Hochschullehrer, 4 Studierende) wird auf der Senatssitzung äußerst schwierig zu begründen und durchzusetzen sein.

Björn Ruberg: Alle Kommissionen müssen sich aber leider an die Grundordnung der Universität halten. Sie sind grundsätzlich nur beratend tätig und haben keinerlei Entscheidungsbefugnis über finanzielle Angelegenheiten. Die im Antrag geforderten 5000 Euro Budget sind zwar eine interessante Idee, aber kann es nicht geben, da einzig die Kanzlerin die Entscheidungsbefugnis hat. Man könnte allenfalls die Einrichtung eines Haushaltstitels fordern.

Marie Schäffer: Antrag auf sofortige Abstimmung. Eine Gegenrede erfolgt nicht. Die Einrichtung einer Umweltkommission wird 18-0-0 und somit einstimmig vom StuPa unterstützt.

*F.d.R.d.A. gem. § 13 II 3 StuPa-GO. Stahl, Potsdam am 20.01.2012*